

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

N^o 23.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 5317.

Hannover,
Sonnabend, 7. November 1896.

Inserate kosten pro 3gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf. Offertenannahme 10 Pf. Redaktion: Burgstr. 41. Verlag: Goseriede 9A.

5. Jahrg.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Die auf dem Verbandstage zu Harburg getroffenen statutarischen Abänderungen sind in Kraft getreten und den Kollegen mit den Proletarier-Sendungen zugegangen. Wir ersuchen unsere Mitglieder, den Nachtrag in das Statut einzuflechten. Den Bevollmächtigten und Auszahlern des Reisegehabtes empfehlen wir, die das Reisegehabte betreffenden Änderungen einer eingehenden Durchsicht zu unterziehen und streng zu befolgen. Das Reisegehabte und Umzugsgeld kann von nun an, den Bestimmungen entsprechend, erst nach zwölfmonatlicher Mitgliedschaft verabsolgt werden. Auch diejenigen Kollegen, welche vor dem 1. Oktober Mitglied waren, sind erst nach 12 monatlicher Mitgliedschaft bezugsberechtigt. Die Höchstsumme des zur Auszahlung gelangenden Reisegehabtes beträgt zwanzig Mark.

Wer es unterläßt, sich ordnungsmäßig abzumelden, bekommt kein Geschenk ausgezahlt. Bei Auszahlung des Geschenkes müssen etwaige Beitragsreste in Abzug gebracht und im Buche beglichen werden. Zu diesem Zwecke haben sich die Auszahler des Reisegehabtes mit Marken zu versehen, und müssen diese vierteljährlich mit dem 2. Bevollmächtigten verrechnen. Alle Einwendungen der reisenden Kollegen hiergegen sind unbeachtet zu lassen. Zur Nichtschmür können nur unsere von uns selbst gegebenen Satzungen dienen.

Leider verstößt ein großer Theil unserer Kollegen bei Auszahlung des Reisegehabtes theils aus Unkenntniß, theils aus Mitleid mit den reisenden Kollegen gegen das Reglement.

Viele derartige Fälle sind zu unserer Kenntniß gelangt, sollten dieselben trotz unserer wiederholten Hinweise auch in Zukunft noch vorkommen, so müßten wir für den solchermassen dem Verbands erwachsenden Schaden die Auszahler des Reisegehabtes haftbar machen! Wer das vermeiden will, prüfe sich die Bestimmungen des Reisereglements, die diesbezüglichen Bestimmungen des Nachtrages ein und handle danach.

Auch beziehentlich der Abrechnung hat der Verbandstag Bestimmungen getroffen, welche geeignet sein sollen, die Kollegen an eine größere Pünktlichkeit bei Erledigung derselben zu gewöhnen. Die Abrechnung hat in den ersten zwei Wochen nach Quartalschluß zu erfolgen. Der Vorstand ist berechtigt, wenn die Abrechnung nicht rechtzeitig erfolgt, aus einer benachbarten Zahlstelle einen Kollegen mit der Revision zu betrauen, ferner an die Mitglieder zu appelliren, und wenn auch dieses ohne Erfolg geblieben, die Zusendung des Materials und des „Proletarier“ einzustellen.

Diejenigen Zahlstellen, auf welche diese Mittel zum Nachdruck jetzt schon zur Anwendung gelangen könnten, wollen diese Zeiten als eindrucksvolle Mahnung auffassen, ungehäumt die Abrechnung vornehmen und Geld, Belege und Abrechnung an J. Wilhelm, Burgstraße 3, einsenden, wenn wir ihnen gegenüber nicht jetzt schon mit oben angegebenen Mitteln verfahren sollen.

Des ferneren bitten wir die Kollegen noch, jede Bewegung der Mitgliedschaften, — nicht nur die Zunahme, sondern auch die Abnahme derselben —, per Postkarte uns mitzutheilen, damit wir uns mit der Auflage des „Proletarier“, dessen Druck und Herstellung uns namhafte Kosten verursacht, genauer als es bisher möglich war, einrichten können.

Meine Wohnung ist Burgstraße 41, III.

Das Mitgliedsbuch Nr. 04382, lautend auf den Namen Wilhelm Postelmann, geb. den 26. Sept. 1857 in Dorfmark, eingetretten am 5. Juni 1895 in Harburg, ist verloren gegangen. Auf dasselbe ist zu achten, bei Vorzeigung abzunehmen und einzusenden.

Das Buch Nummer 016672, ausgestellt zu Lauffen auf den Namen H. Leber, geboren am 21. November 1870 zu Oberbalbach, ist mit 20 Beitragsmarken gestohlen worden. Wir ersuchen die Auszahler des Reisegehabtes, besondere Aufmerksamkeit den vorgezeigten Büchern zu widmen, und wenn obiges Buch vorgezeigt wird, dasselbe an sich zu nehmen, den Vorzeigenden aber der Polizei zu übergeben.

Mit kollegialischem Gruß
Aug. Str.

Aus dem preussischen Fabrikinspektionsbericht für 1895.

III.

Auch von einer Lohnstatistik ist nichts zu bemerken. Nur der Trierer Beamte macht einen anerkanntenswerthen Versuch einer Lohnklassifizierung, die sich auf 6 größere Werke des Saarreviere mit 11 693 Arbeitern und 542 Arbeiterinnen bezieht; hier fehlt jedoch jede Bezugnahme auf die den angebliehen Tagelöhnen zu Grunde liegende Arbeitszeit, weshalb der Versuch als unvollständig zu betrachten ist. Indes wäre schon Manches gewonnen, wenn nur erst diese primitive Art einer Lohnstatistik allgemein eingeführt wäre. Auch der Hildesheimer Beamte will seine jährlichen Lohnerhebungen wiederholt und dabei eine geringfügige Erhöhung der Wochenlöhne um wenige Pfennige ermittelt haben. Die übrigen Berichte enthalten nur einzeln verstreute Lohnangaben. So verdienen im Bezirk Westpreußen gelernte Arbeiter 2—2,50 Mk., ungelernete 1,50 Mk., Frauen 90 Pf. und Jugendliche 70 Pf. pro Tag; im Bezirk Potsdam schwanken die Löhne für erwachsene Männer zwischen 12 und 20 Mk., vereinzelt bis 24 und 30 Mk., für Frauen zwischen 6 und 12 Mk., vereinzelt bis zu 15 Mk. Im Bezirk Posen verdienen gelernte Arbeiter 1,50 bis 1,80 Mk., ungelernete 1,20 bis 1,30 Mk., in der Stadt Posen die Tagelöhner 1,50 bis 1,70 Mk. Der Ueberfluß an Arbeitskräften in der verhältnißmäßig industrie-armen Provinz läßt eine Besserung kaum zu, kommt aber durch die ausgebreitete Sachfengerei den westlichen Provinzen zu Gute. Aus einer Statistik der Sachfengerei beweist der Beamte für Posen, daß die Klagen der ostelbischen Junker über Kontraktbrüchigkeit der Abwandernden heillos übertrieben sind; der Prozentsatz der Kontraktbrüchigen belief sich nämlich 1893 auf 0,46 Prozent, 1894 gar nur auf 0,40 Prozent. — Die schlesischen Walzwerke im Bezirk Oppeln haben sich im Berichtsjahre wegen des Aufplandesports factellirt und eine Preiserhöhung ihrer Produkte durchgesetzt; eine Steigerung der Arbeitslöhne fand aber nicht statt. Der Oppelner Bericht entschuldigt dies damit, daß die Werke auch in den schlechten Jahren 1893—94 keine Lohnreduktionen hätten vorgenommen. Selbst die Wahrheit dieser Behauptung vorausgesetzt, müssen wir doch fragen, wo der Antheil der Arbeiter an der Preiserhöhung ihrer Arbeitsprodukte bleibt. Auch die westfälischen Kettenfabrikanten (d. h. die mit hausindustriellen Kleinmeistern „arbeitenden“ Händler) haben durch Koalition eine Preiserhöhung bewirkt, ihren Hausarbeitern aber keinen Pfennig zugelegt. Im Bezirk Erfurt machte sich seit Mitte Juni ein Aufschwung bemerkbar, der sogar vielfach Ueberstundenarbeit benötigte. Der Erfurter Bericht bemerkt hierzu: „Es wäre zu erwarten gewesen, daß auch die Arbeitslöhne eine entsprechende Steigerung erfahren hätten; dies war aber nur vereinzelt der Fall. Allgemein dagegen machte sich das Bestreben bemerkbar, die Löhne herabzusetzen. Die Lebenshaltung der Arbeiter hat daher eine Besserung nicht erfahren und entspricht häufig nicht der geleisteten Arbeit. Den Tiefstand haben Löhne und Lebenshaltung wohl bei den Handwebern des Sächselandes erreicht; dort gehört es nicht zu den Seltenheiten, daß eine Familie in der Woche nur 5 Mark verdient bei 13stündiger Arbeitszeit des Familienvorstandes.“ Diese ungeschminkte Darlegung des Arbeiterelends und der kapitalistischen Lohnrückerei wird natürlich die helle Wuth der kapitalistischen Goldschreiber erregen. Das kapitalistische Ausbeuterthum läßt sich übrigens die billigen Lohnparadiese nicht entgehen; dies beweist der Umstand, daß im Berichtsjahre auf dem Sächselbe vier neue Zigarrenfabriken entstanden sind, die noch dazu nur die billigsten Kräfte, weibliche und jugendliche Arbeiter, einstellen. — Trotz des mehrjährigen Bestandes der Arbeitsordnungsvoorschriften können sich viele Unternehmer immer noch nicht daran gewöhnen, ihre Arbeitsordnungen den gesetzlichen Bestimmungen anzupassen, und namentlich hinsichtlich der Strafvorschriften haben die Gewerbeinspektoren ihre liebe Noth, den Unternehmern die gesetzlichen Grenzen zum Bewußtsein zu bringen. Die bezüglich der Arbeiterinnenschutzes erwähnte Thonwaarenfabrik im Bezirk Breslau, die es selber mit den Gesetzesvorschriften nicht genau nahm, hat sich eine Arbeitsordnung geleistet, deren 40 Paragraphen fast nur von Strafen handeln, darunter solche bis zu 15 Mark und

sofortiger Entlassung; eine Aenderung dieses ungesetzlichen Inhalts vermochte die Gewerbeinspektion bisher nicht zu erreichen. Auch der Magdeburger Beamte berichtet, daß viele Arbeitsordnungen geradezu den Eindruck eines Strafgesetzbuches erwecken.

Von allem Uebeln, was die Berichte der Thätigkeit der Polizeibehörden nachweisen, stößt jedoch ihre Mitwirkung bei der Unfallsberichterstattung dem Fasse den Boden aus. Eine einheitliche Unfallsstatistik darf in Preußen nicht erwartet werden; dafür enthalten die Einzelberichte ein verstreutes Zahlenmaterial, aus dem wir nach mühevoller Zusammenstellung eine Summe von ca. 76 987 angemeldeten Unfällen herausrechnen, wovon 607 tödtlich verliefen. Außerdem melden die 67 Bergberichte ca. 22 280 Unfälle im Bergbau, davon 547 tödtliche. Wer indes wenigstens diese Zahlen für glaubwürdig hält, der findet sich bitter getäuscht, denn mehrere Gewerbeberäthe sehen sich selbst gedrängt, den mit der Berichterstattung betrauten Unterbehörden ganz grübliche Unrichtigkeiten und Nachlässigkeiten nachzuweisen, welche ergeben, daß die gemeldeten Unfallszahlen fast durchweg zu niedrig sind. So kamen z. B. bei der Gewerbeinspektion zu Unna nur 269 Unfallsmeldungen an die Gewerbeinspektion, während diese durch Nachfrage bei zwei größeren Werken feststellte, daß von diesen allein 322 und 96 Unfälle den Polizeibehörden angemeldet waren, von denen die letzteren nur 50 und 23 Anzeigen übermittelten. Das wäre ein Manko von 345 Fällen bei nur zwei Werken. Ähnliches soll in den Bezirken Siegen und Arnsberg wahrgenommen sein und auch der Koblenzer Beamte hat durch direkte Anfrage bei den Berufsgenossenschaften weit höhere Unfallszahlen festgestellt, als ihm seitens der Behörden übermittelte wurden. In den Bezirken Ost- und Westpreußen, Hannover-Osnabrück, Hildesheim-Lüneburg und Köln mußten die Ortspolizeibehörden mehrfach an ihre Meldepflicht erinnert werden. Das zeigt, wie mangelhaft die gegenwärtige Organisation der Gewerbeaufsicht in Preußen ist, die unter der verwirrenden Zuständigkeitsheilung zwischen Berufsgenossenschaften, Polizei und Inspektion leidet, und wie dringlich eine gründliche Reorganisation im Sinne der Reichseinheitlichkeit und unabhängigen Exekutivgewalt der Gewerbeinspektion noth thut. Indes ist eine derartige Umgestaltung unter der Regide des programmlosen Herrn Bresselt noch schwerlicher zu erwarten, als unter der Amtsführung des von den Kapitalisten Stumm'scher Observanz und den erbosten Zünftlern hinausgedrängelten Herrn von Berlepsch. Eben schlägt die Handwerkervorlage eine neue Durchbrechung der Gewerbeinspektion vor durch Ertheilung diesbezüglicher Kompetenzbefugnisse an die Handwerkerausschüsse. Die Innungen sollen ihre eigenen Inspektoren bestellen, das heißt wahrhaftig mit der Gewerbeaufsicht die trivialste Komödie spielen. Es fehlt nur noch eine gleiche Befugniß für die Berufsgenossenschaften, und das ganze Bischen Arbeiterschutz, das in Jahrzehnte langen Kämpfen errungen wurde, wäre mit einem Schlage entwerthet. Aber die Arbeitervertreter werden eine solche Verschlechterung, wie sie die Handwerkervorlage enthält, ganz entschieden zurückweisen.

Die vom Reichskanzler angeordnete Untersuchung der Verhältnisse in den Ziegeleien sei hier nur berührend erwähnt. Die mit der Untersuchung verbundene Zählung ergab den Bestand von 7955 Ziegeleien, die der Gewerbeaufsicht unterstehen, mit insgesamt 126 441 Arbeitern. Die dabei konstatarirten Arbeits- und Lebensverhältnisse rechtfertigen vollauf die Bezeichnung „Ziegelhöllen“, die der Volksmund diesen Betrieben beigelegt hat.

Marx über Gewerkschaften.

So lautet die Ueberschrift eines Artikels im „Boten“ vom 4. Dezember 1869, Organ der damaligen Tabakarbeiterorganisation, in dem über eine Unterredung zwischen dem Hauptkassirer der Allgemeinen Deutschen Metallarbeiter-Vereinigung J. Hamann sowie einigen seiner Freunde und Karl Marx berichtet wird, die sich um die Stellung der Gewerkschaften drehte.

Bekanntlich war zu jener Zeit eine Spaltung in der noch so jungen Arbeiterbewegung eingetreten, hervorgerufen zunächst durch die Sonderstellung, welche die Gräfin Haysfeld mit ihren Getreuen einnahm. Dann aber war die sozialdemokratische Arbeiterpartei (Eisenacher Programm) begründet worden, die aus prinzipieller

piellen Gründen sowie wegen der Haltung v. Schweizers, Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (Sitz Berlin), in bestiger Fehde mit der letzteren Organisation lag. Diese Streitigkeiten regierten die Arbeiter-schaft gegeneinander auf, verzehrten ihre Kräfte, hemmten ihre Entwicklung der Bewegung und besonders wirkten sie zerrütend auf die mühsam geschaffenen gewerkschaftlichen Organisationen.

Vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein war behufs festerer Verknüpfung der Arbeiter mit dem Verein ein Allgemeiner Arbeiterschäfts-Verband begründet worden, dem sich schon bestehende Organisationen, so z. B. der Allgemeine Tabak- und Zigarrenarbeiter-Verein, angeschlossen. Der Verband stand unter der Oberleitung des politischen Vereins, der ihn geschaffen hatte. Erklärlicherweise wurde dieser Verband durch die Streitigkeiten zwischen „Eisenachern“ und „Kassalleanern“ in eine schlimme Situation gebracht. In den Organisationen, die sich ihm angeschlossen hatten, befanden sich Anhänger der beiden politischen Gruppen, die den Streit in ihrer Gewerkschaft fortsetzten und diese dadurch zerstörten, statt sie auszubauen. Diesen Mißstand empfanden die Arbeiter schwer; er gab aber Denjenigen ein gutes Agitationsmittel an die Hand, die eine Verknüpfung der Gewerkschaften mit politischen Parteien für die Arbeiterbewegung gefährlich hielten und darum für eine Selbstständigmachung der Gewerkschaften agitirten. Zu diesen Elementen zählte auch J. Hamann, der deshalb sich an Marx wandte und über die Unterredung mit diesem Folgendes veröffentlichte:

„Die Gewerkschaften können und dürfen nie von einem politischen Vereine abhängig gemacht werden, dies beweist uns zu deutlich der jetzige Verfall unserer Gewerkschaft. Dieses ist auch das Urtheil des jetzt noch lebenden größten Nationalökonom und Schriftstellers Dr. Karl Marx, des Lehrers von Lassalle, welcher vor kurzer Zeit in Hannover weilte. Auch ich konnte mich nicht enthalten, den Mann der Wissenschaft persönlich kennen zu lernen und suchte um eine Unterredung bei ihm nach, um den Rath des großen Forschers auf sozialem Gebiete und sein Urtheil in betreff der Gewerkschaften zu hören. Sie wurde mir freundlichst gewährt und Tags darauf begab ich mich mit noch vier Freunden zu ihm, wo wir dann eine 1 1/2 stündige Unterredung hatten. Ich hebe hier nur die Hauptpunkte der Unterredung hervor und halte mich streng an die Wahrheit.

Meine erste Frage an Dr. Karl Marx war die: Müssen die Gewerkschaften vorwiegend von einem politischen Vereine abhängig sein, wenn sie lebensfähig sein sollen?

Die Antwort war: Niemals dürfen die Gewerkschaften mit einem politischen Verein in Zusammenhang gebracht oder von einem solchen abhängig gemacht werden, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen sollen; geschieht dieses, so heißt das ihnen den Todesstoß geben. Die Gewerkschaften sind Schulen für den Sozialismus. In den Gewerkschaften werden die Arbeiter zu Sozialisten herangebildet, weil ihnen da tagtäglich der Kampf mit dem Kapital vor die Augen geführt wird. Alle politischen Parteien, mögen sie sein, welche sie wollen, ohne Ausnahme, begeistern die Masse der Arbeiter nur eine Zeitlang vorübergehend; die Gewerkschaften hingegen fesseln die Masse der Arbeiter auf die Dauer; nur sie sind im Stande, eine wirkliche Arbeiterpartei zu repräsentiren und der Kapitalmacht entgegenzusetzen. Zu der Einsicht ist die größere Masse der Arbeiter gelangt, daß ihre materielle Lage gebessert werden muß, mögen sie einer Partei angehören, welcher sie wollen. Wird nun aber die materielle Lage des Arbeiters gebessert, dann kann er sich mehr der Erziehung seiner Kinder widmen, Frau und Kinder brauchen nicht in die Fabrik zu wandern, er selbst kann seinen Geist mehr bilden, seinen Körper mehr pflegen, er wird dann Sozialist, ohne daß er es ahnt.

Die zweite Frage, welche ich vorlegte, war die: Ist es zweckmäßig, wenn die Gewerkschaft ihr eigenes Organ besitzt? Ich führte dann aus, daß wir seit kurzer Zeit allmonatlich unsere Abrechnungen durch Zirkulare veröffentlicht und spezielle Angelegenheiten, welche das Interesse der Gewerkschaft berühren, zur Verhandlung gebracht und erörtert hätten; es sei uns aber von verschiedenen Seiten der Vorwurf gemacht, daß es Ueberhebung, Dünkel sei, ein Verstoß gegen die Organisation und dergleichen mehr.

Die Antwort war folgende: Es wundert mich nicht, so etwas zu hören; aber an solche Phrasen müssen Sie sich nicht kehren; gerade das Gewerkschaftsorgan ist das Hinderniß, da müssen die verschiedenen Ansichten für und gegen zur Sprache gebracht werden; es müssen die Lohnverhältnisse in den verschiedenen Gegenden besprochen, womöglich Arbeitsnachweise in den verschiedenen Branchen errichtet werden, aber niemals darf es Eigenthum einer einzelnen Person sein, sondern, wenn es seinen Zweck erfüllen soll, muß es Eigenthum der Gesamtheit sein. Die Gründe hierfür brauche ich Ihnen wohl nicht weiter zu erörtern, denn sie treten so klar zu Tage, daß Jeder es begreifen muß, daß dieses eine der ersten Grundbedingungen ist, wenn die Gewerkschaften zur Blüthe gelangen sollen.“

Im Sinne der Marx'schen Aeußerungen haben sich die Gewerkschaften entwickelt. Nach der Vereinigung der beiden politischen Gruppen lehrte auch Frieden in die Gewerkschaften ein und es wurde an ihrer Erhaltung wacker gearbeitet, bis das Sozialistengesetz dem ein Ende — aber nur für einige Jahre — setzte. Die neuen, noch unter dem Sozialistengesetz von sozialistischen Arbeitern begründeten Gewerkschaften stehen in

voller Selbstständigkeit gegenüber der sozialdemokratischen Partei da, obgleich viele ihrer Mitglieder der sozialdemokratischen Partei angehören.

Diese Unabhängigkeitsstellung der Gewerkschaften ist, trotzdem seit der obengeschilderten Unterredung 27 Jahre verflossen sind, auch heute noch mit den Marx'schen Aeußerungen zu begründen; sie ist geboten durch die unmittlere Thätigkeit, welche sie zur Besserung der Lage der Arbeiter zu entfalten haben. Was zur Hebung der Lage der Arbeiter auf politischem Gebiete erstrebt wird, ist, wie die Dinge jetzt stehen, nur mittelbar zu erreichen, im Wege der Gesetzgebung oder durch gelegentliche Stellungnahme der politischen Partei zu Gunsten derjenigen Arbeiter, die im offenen direkten Kampfe mit dem Unternehmertum stehen. Gegen die täglich sich in tausend Formen vollziehende und verstärkende Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiter auf dem Produktionsgebiete haben die Gewerkschaften unmittelbarer zu wirken; durch politische Engagements würden sie von diesem Felde abgezogen. Für die Gewerkschaften müßte darum ein Vereinziehen politischer Angelegenheiten in den Bereich ihrer Thätigkeit gefährlich werden, weil dadurch ihre eigentümliche Aufgabe, die sie eben zu Schulen des Sozialismus macht, in den Hintergrund gedrängt würde. Ueberdies liegt zu einer eigenen politischen Thätigkeit keine Nothwendigkeit vor, da die Gewerkschaften auf politischem Gebiete eine geeignete Vertreterin in der Partei haben, die eigens für die Arbeiter gebildet worden ist, der sozialdemokratischen Partei. In ihrer Doppelseigenschaft als Mitglieder der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei tragen die betreffenden Arbeiter schon Sorge, daß die Partei auf politischem Gebiete Alles thut, was den Gewerkschaften förderlich sein kann.

Wenn in neuester Zeit wieder Absichten laut geworden sind, die Gewerkschaften eigens mit politischer Thätigkeit zu durchdrängen, so mag man sich die Erfahrung früherer Zeiten zur Warnung dienen lassen. Und auch heute noch ist der Rath angebracht, den Karl Marx am Schluß der Unterredung Hamann und seinen Freunden ertheilte, sich niemals an Personen zu ketten, sondern die Sache stets im Auge zu behalten und danach das Urtheil sich zu bilden. Wörtlich fügte dem Marx hinzu: „Was geht Sie Liebkecht, was Dr. Schweizer, was meine Person an, nur die Sache — das ist das Wahre.“

Parteitag der Sozialdemokratie.

Der Parteitag der Sozialdemokratie, tagend vom 11. bis Freitag, den 16. Oktober, gab der „gutgesinnten“ Presse Veranlassung zu allerlei unzutreffenden Spekulationen. Der Bericht konstatarie für das Jahr vom 1. September 1895 bis 31. August 1896 eine Einnahme von 270 171 Mk., der eine laufende Ausgabe von 230 122,56 Mk. gegenübersteht. Der Bericht forderte die Parteigenossen im Allgemeinen und einzelne Parteiorde zu einer größeren Opferfreudigkeit auf. Das gab der Presse Veranlassung, ihre Prophezeiungen von dem nahen Zerfall der proletarischen Parteiorganisation ertönen zu lassen. Daß die angegebenen Zahlen nicht entfernt einen sicheren Maßstab für die thatsächlich von den Proletariern für ihren Befreiungskampf gebrachten Opfer abgeben, daß die von den Orten und Provinzen geleisteten und für innere Agitationszwecke verbrauchten Summen, der vielen Prozesse und deren Kosten gar nicht zu denken, auch mit in Anrechnung gebracht werden müssen, daran denken die gegnerischen Literaten nicht. Dann müßten sie ja zugestehen, daß die Opferfreudigkeit der Entertenten Chimborasso hoch über der ihrigen erhaben ist. Man braucht nur an die Flottenmittel-Sammlung zu denken, welche trotz allem Tamtam, trotz des ungeheuren Wohlwollens, unter dem sie vorgenommen wurde, 1045 Mk. einbrachte, um unserer Behauptung zuzustimmen. Das „spottet seiner selbst und weiß nicht wie“. Auch die Debatten des Parteitages sollen des „Interessanten“, „geistig Erhabenen“ wenig geboten, dem Sozialpolitiker eine geringe sachliche Ausbeute gegeben haben. Das sagen Leute, welche ihre Konventikel hermetisch verschließen, damit Licht und Sonne der Öffentlichkeit dem Fernstehenden ja kein Urtheil ermöglicht. Haben sie doch dieses Urtheil zu fürchten. Die proletarische Partei dagegen ist sich der Sicherheit ihrer Existenz, ihrer Bedeutung so sehr bewußt, daß es ihr vollständig gleich bleiben kann, wie der politische Gegner über ihre Kongress-Themata urtheilt. Nicht mit Rücksicht auf die Gegner macht sie ihre Verhandlungen interessant, läßt sich bei Festlegung ihrer Verhandlungsgegenstände nicht von der möglichen Wirkung derselben auf die Gegner leiten, sondern von der Nothwendigkeit der Erörterung derselben für das Interesse der Partei.

Brennende Fragen taktischer und programmatischer Art lagen dem heurigen Parteitage nicht vor. Wie keiner seiner Vorgänger konnte er sich dem Inneren des Parteilebens zuwenden, und darum erklärt es sich auch, daß die Wogen der Diskussion vor und während des Parteitages nicht so hoch gingen, wie vergleichsweise vor und auf dem Breslauer Parteitage. Verlor darum der Parteitag an Bedeutung? Keineswegs! Sein Tagen allein war ein geschichtliches Ereigniß. Welche Partei hätte die Schläge vermeiden können, welche der proletarischen durch den Septemberkurs, die Köllersche Aktion verfehlt worden sind! Für alle bestehenden Parteien wären diese Schläge gleichbedeutend mit deren völliger Vernichtung gewesen. Derartige Schläge, ohne mit der Wimper zu zucken, erliden zu können, ist nur der proletarischen Partei vergönnt.

An Geldstrafen sind in dem Eingangs angegebenen Zeitabschnitt 31 773 Mark verhängt; an Freiheitsstrafen 84 Jahre, 8 Monate, 1 Woche und 1 Tag Gefängniß. Die Höchstsumme der verhängten Freiheitsstrafen wurde im Monat November 1895 erreicht, nämlich 14 Jahre, 9 Monate, 1 Woche und 3 Tage. Im Jahre 1894/95 wurden, wenn wir die im Prozeß Schröder verhängten 18 Jahre und 6 Monate Zuchthaus in Abrechnung bringen, 64 Jahre, 10 Monate und 1 Tag Gefängniß verhängt. Derartige Strafen einer der gegnerischen Parteien auch nur in Aussicht gestellt, und ihre Publizisten und Agitatoren würden ausreißern wie Schafleder. Zur Tragung dieser materiellen, seelischen und moralischen Opfer gehört mehr, als unsere Gegner, diese „armen Teufel“, geben können: gehört Ueberzeugung, Muth und Hingebung! Die Debatte über die Presse und besonders, da mit die Neue Welt im Bereich der Erörterung stand, nahm einen höheren Flug und ließ auch die Geister mit größerer Leidenschaft aufeinander plagen. Gleich zischelte es im Haine der gegnerischen Presse vor düsteren Vorhersagungen. Die Herren sollten sich doch den Kopfe um die Proletarier nicht zerbrechen. Was hier als ein Zeichen des Zerfalls und der Schwäche anzusehen ist, ist für uns der Ausdruck unbändiger Kraft und Stärke. So rücksichtslos wie die Sozialisten Kritik an den ungesunden sozialen Zuständen üben, so derb sie den Gegnern a. den Leib rücken, so frei, offen und ohne Rücksicht können sie auch den Freunde die Meinung sagen. Wir kennen nicht jene überkünstlichen Höflichkeitsphrasen, welche man als eine große Sammlung von Lügen bezeichnen kann, und bei den Gegnern auch in der Politik im Schwange stehen. Genug! Der knapp bemessene Raum verbietet uns, mehr auf die Verhandlungen einzugehen. Wir verweisen auf das demnächst erscheinende Protokoll und bieten unseren Lesern nur die wichtigsten Resolutionen.

Maifeier.

In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893 und London 1896 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der Verbrüderung und dem Weltfrieden. Als würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen, für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten, und überall da, wo die Möglichkeit zur Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.

Organisation.

Nachdem durch polizeiliche Maßnahmen des Polizeipräsidiums zu Berlin, welche durch richterliche Entscheidung in erster Instanz bestätigt worden sind, die im Organisationsstatut der sozialdemokratischen Partei vorgesehene Parteileitung (Vorstand und Kontrolleure) als ein politischer Verein erklärt worden ist, welcher angeblich gegen die Bestimmungen des § 8 des preuß. Vereinsgesetzes verstoßen habe, und die Schließung dieses „Vereins“ ausgesprochen worden ist, protestirt der Parteitag gegen die in dieser Maßnahme befindete Ausnahmebehandlung gegen unsere Partei. Der Parteitag konstatarie, daß sämtliche bürgerlichen Parteien in Bezug auf ihre Organisation und speziell die Parteileitung, Einrichtungen haben, welche, wenn sie nach dem Maßstabe gemessen würden, welche gegen unsere Parteiorganisation anzulegen beliebt wurde, in viel weitgehenderer Weise gegen die bestehenden Gesetze verstoßen, als dies bei unserer Organisation der Fall ist.

In Erwägung des Umstandes, daß die erstgerichtliche Entscheidung gegen unsere Parteiorganisation noch beim Reichsgericht als letzte Instanz anhängig ist, beschließt der Parteitag, bis auf Weiteres von einer Aenderung der Parteiorganisation abzusehen.

Der Parteitag billigt die durch die Reichstagsfraktion aus Anlaß der polizeilichen vorläufigen Schließung des Vereins-Parteiorganisations „getroffenen provisorischen Maßnahmen:

Einschickung eines geschäftsführenden Ausschusses mit dem Sitz in Hamburg und die Leitung der politischen Angelegenheiten der Partei durch die Reichstagsfraktion

und beschließt:

Dieses uns aufgezwungene Provisorium bis zur endgültigen richterlichen Entscheidung respektive bis zu dem nächsten Parteitag aufrecht zu erhalten.

Zur Ausführung der Kontrolle über die Handhabung der Parteigeschäfte und als eventuelle Beschwerdeinstanz setzt der Parteitag eine Kontrollkommission ein, welche aus 7 Personen bestehen soll und ebenso wie die Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses auf dem Parteitag zu wählen sind.

Arbeiterschulung.

Der Parteitag erklärt:

Die Agitation für den gesetzlichen Arbeiterschulung war und ist eine der wichtigsten Aufgaben der sozialdemokratischen Partei, wie sie dies bereits in ihrem Programm und in den Resolutionen der nationalen und internationalen Kongresse wiederholt ausgesprochen hat. Auch fernerhin wird sie ihre Kraft einsetzen, um durch die politische wie durch die gewerkschaftliche Agitation den gesetzlichen Achtstundentag zu erkämpfen und das Arbeiterrecht zu einem Bollwerk gegen kapitalistische Ausbeutung zu gestalten.

Der gesetzliche Acht-Uhr-Verbot, wie ihn die Reichskommission für Arbeiterstatistik vorschlug, ist nur ein durchaus ungenügendes Verbot der Nachtarbeit und entspricht keineswegs den berechtigten Ansprüchen der

im Handelsgewerbe beschäftigten Personen. Da aber deren kapitalistische Gegnerschaft diesen Arbeiter-schutz verweigert, weil angeblich durch ihn die Interessen der Kaufenden, besonders der arbeitenden Bevölkerung benachteiligt würden, erklärt der Parteitag, daß die Arbeiter für die Forderung der im Handelsgewerbe beschäftigten Personen eintreten, die Einführung des gesetzlichen Acht-Uhr-Abendenschlusses als keine Schädigung ihrer Interessen betrachten und selbstverständlich für den Schutz jeder Arbeiterkategorie eintreten. (Schluß f.)

Der Flensburger Werftarbeiter-Ausstand

Ist nach 14 1/2 wöchentlicher Dauer durch einen Vergleich beendet worden. Die Ausgesperrten haben ihre Forderung mit Zähigkeit und Energie vertreten, und nur der heranrückende Winter und die Aussicht auf die vermehrten Ausgaben, welche derselbe für jeden Arbeiterhaushalt bringt, haben die Kämpfenden, auch ohne die Forderungen voll und ganz bewilligt zu erhalten, zum Friedensschluß bestimmt. Die Verhandlungen über die Friedensbedingungen nahmen mehrere Tage in Anspruch. Erreicht wurde für die nichtgelernten Arbeiter ein Lohnzuschlag von 2 Pf. pro Stunde. Den Berufsarbeitern nur ein solcher von 1 Pf. pro Stunde. Arbeiter, welche ein Jahr auf der Werft, einschließlich der Streikwochen beschäftigt sind, erhalten einen Mindeststundenlohn von 30 Pf., die übrigen 28 Pf. pro Stunde. Alle Ausständigen werden wieder eingestellt und haben spätestens Mittwoch, den 28. Oktober, die Arbeit wieder aufzunehmen. Den von Flensburg Abgereisten wird zum Arbeitsantritt eine Frist von 14 Tagen gewährt. Die Forderung, um welche der Kampf entbrannte und die die Aussperrung zur Folge hatte, ein Stundenlohn von 30 Pf., ist nur den über ein Jahr lang auf der Werft beschäftigten Arbeitern zugestanden worden; in dem trifft dies auf die Mehrzahl der beschäftigten Arbeiter zu, während die während des Streiks in Arbeit getretenen, früher nicht auf der Werft Beschäftigten davon ausgeschlossen sind. Die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde ist von den Ausständigen fallen gelassen. Jedoch, wenn die Werftarbeiter treu und fest zur Organisation halten, wird die Realisierung dieser Forderung wohl aufgeschoben, aber nicht aufgehoben sein. Jedenfalls haben die bei dem Werftunternehmen beteiligten Kapitalisten erkannt, welchen Widerstand eine geeinte Arbeiterschaft zu bieten vermag. Etwas weniger Hartnäckigkeit und Starrköpfigkeit von dieser Seite und den Arbeitern wären die Vortheile mit weit geringeren Opfern zugestanden und das Unternehmertum hätte nicht die große Entwertung seiner Aktien, die Schmälerung seines Gewinnes zu beklagen.

Als die streikenden Arbeiter am Mittwoch wieder die Arbeit aufgenommen, schien es, als ob die Werftverwaltung nicht ganz den Bedingungen nachkommen wollte, denn ca. 30 Hilfsarbeiter, die schon 2—12 Jahre in den Werkstätten gearbeitet hatten, wurde jetzt ein Platz außerhalb derselben angewiesen. Der Ausbruch einer neuen Arbeitseinstellung wurde nur dadurch verhindert, daß die Werftverwaltung auf die Vorstellung des Streikkomitees die Sache dahin ordnete, daß die Arbeiter ihre alten Plätze wieder erhielten. Es mag für die 500, die vor dem Friedensschluß schon anfangen zu arbeiten, schwer sein, sich zurückgesetzt zu fühlen, die Plätze verlassen zu müssen, welche sie für immer erobert zu haben glaubten, aber „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen“. Jede Schuld findet ihre Sühne!!

In Lauterberg am Harz ist ebenfalls Frieden geschlossen, Frieden nach 18wöchentlichem Kampfe. Im Anfang des zweiten Viertels dieses Jahres brachen in Lauterberg Differenzen zwischen einem Stuhlfabrikanten und dessen Arbeitern aus, welche mit Gewährung einer Lohnerhöhung und anderer Verbesserungen des Arbeitsverhältnisses für die Arbeiter endeten. Das war der Anlaß zu einer Koalition der Fabrikanten von Lauterberg, Dörberg und Barbis. Die geeinten Unternehmer verlangten den Austritt ihrer Arbeiter aus sozialen und politischen Vereinen. Ihr Einverständnis mit dieser Restriktion sollten die Arbeiter durch eigene Unterschrift kund thun. Dessen weigerten sie sich. Die Folge war die Aussperrung von 576 Personen. Trotz aller Unterstützung der Behörden — das Amtsgericht beschlagnahmte die Bücher der Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes, der Landrath erließ Bekanntmachungen, welche die Arbeiter im Gebrauche ihres Koalitionsrechtes einschüchtern sollten, der Gewerbeinspektor lehnte die Vermittelung ab — fanden die Fabrikanten nicht die nötige Zahl Zu- und Ueberläufer und machten im September selbst einen Vermittelungsversuch. Am 12. Oktober fanden neue Verhandlungen zwischen den Fabrikanten und 3 Vorstandsmitgliedern des Holzarbeiterverbandes statt, dessen Resultat in einer Anerkennung des Koalitionsrechtes der Arbeiter gipfelt. Die Arbeiter mußten aber den berechtigten Revers formell unterschreiben, welcher ihnen jedoch nach 14 Tagen wieder zurückgegeben werden soll. Die Mehrheit der Arbeitgeber verlangte das Zugeständnis, daß bis zu diesem Zeitpunkt der Leiter des Streikes, Genosse Erfurth, das Streikgebiet zu verlassen habe. Also von Seiten der Unternehmer eine Ausweisung des Streikleiters! Daß die Arbeitervertreter ihre Zustimmung hierzu gaben, erklärt sich nur durch die Thatsache, daß der Ausstand 80 000 Mk. gekostet hat, eine Fortführung zumal an der Schwelle des Winters noch größere Opfer erfordert, die Chancen des Unternehmertums aber günstiger gestaltet hätte. Die Verweigerung dieses

Opfers an das Unternehmertum hätte unstreitig zur Folge gehabt, daß dann letzterem im Verlaufe dieses Winters die Opfer in hundertfacher Anzahl zugefallen wären. Die taktische Weisheit gebot, zu handeln wie geschehen.

Korrespondenzen.

In Lübeck befinden sich 230 Kollegen im Ausstand! Kollegen, gedient Eurer Pflicht!

Bergeedorf. Die ordentliche monatliche Mitglieder-Versammlung unserer Zahlstelle tagte am Sonnabend, den 17. Okt., im Vereinslokale „St. Peterstraße“. Von der am 4. Oktober in Hamburg stattgefundenen Konferenz der norddeutschen Zahlstellen berichtete der Delegierte Kollege Stille. In der Diskussion über den Bericht vom Verbandstage in Hamburg, welche durch besondere Umstände bereits zwei Mal vertagt werden mußte, sprach Kollege Arismansky. Derselbe führte aus, daß es nicht seine Absicht sei, dem Delegierten persönlich entgegenzutreten, sondern meinte, daß durch eine lebhafte Diskussion das Verständniß für die Bestimmungen des Statuts seitens der Mitglieder gefördert werde. Sodann tabelte Redner Schatz und eingehend die vom Verbandstage beschlossene Streichung des Absatzes im § 2 des Statuts, kritisierte auch die ablehnende Haltung des Verbandstages gegenüber dem von ihm eingetragenen Antrage auf Verlegung des Verbandstages in die Monate Februar oder März. Kollege Stille entgegnete kurz auf diese Ausführungen. Die Abrechnung ergab in Einnahme und Ausgabe 581,83 Mk. Dem 2. Bevollmächtigten wurde Decharge erteilt. Darauf wurde das Vorschlag der Lokalbeamten vorgenommen. Als 1. Bevollmächtigter wurde wiederum Kollege Stille, als 2. Kollege Wulff und als 3. Kollege Lange in Vorschlag gebracht. Zu Revisoren wurden die Kollegen Krahn, Stapelfeldt und Krell vorgeschlagen. Zur Ausbezahlung des Reisegebührens wurde Kollege Brüggemann, Winterm Graben 17, bestimmt. Von den Verhandlungen des Gewerkschaftsartikels berichtete Kollege Gumbach. Es wurde hierzu ein Antrag angenommen, beim Gewerkschaftsartikell zu beantragen, daß das auf die vom Kartell ausgegebenen Sammelkarten eingehende Geld sämtlich den Flensburger Werftarbeitern überwiesen werde. Zu dem am 7. November stattfindenden Herbst-Vergnügen wurden 8 Kollegen als Tanzordner gewählt. Den Flensburger Werftarbeitern wurden sodann 20 Mk. aus der Lokalkasse bewilligt.

Berlin. In der am 8. Oktober stattgefundenen Mitglieder-Versammlung referierte Genosse Deutler über: „Witz und Nutzen der Organisation“. Redner schilderte die Abhängigkeit der Arbeiter, in welche sie der Kapitalismus gefangen habe. Dem ungenügenden Zusammenhalten der Arbeiter, der dadurch bedingten Widerstandsunfähigkeit sei es geschuldet, daß diese Abhängigkeit so groß sei. Als Beweis führte Referent jene Fälle an, wo heute schon im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise durch den Widerstand und die Macht der Organisation der Arbeiter ihr Loos erträglicher und ihr Anteil an dem Arbeitsertrag größer geworden sei. Daraus folge, daß wir hier in Berlin bestrebt sein müßten, den Verband auszubauen, zu erweitern und zu vertiefen. Unter den Arbeiterinnen, Frauen und Jungfrauen müßten wir dem Verbands-Anhängerinnen zu gewinnen suchen, denn wenn erst die Proletarierin begriffen habe, wie schwer der Kampf ums Dasein geworden ist, so würde sie mit Energie und Ausdauer im Kampfe für eine bessere Lebenshaltung stehen. Nur durch die Organisation könne dieses Ziel erreicht werden. Die Diskussion bewegte sich in der von dem Referenten betretenen Bahn. Unter „Verschiedenem“ wurden innere Angelegenheiten erledigt.

Silber. Die am 30. September im Lokale des Herrn Reffelt tagende Mitglieder-Versammlung ehrte das Andenken unseres so plötzlich verstorbenen 1. Bevollmächtigten, Kollegen Bewisohn, durch Erheben von den Sihen. Als 1. Bevollmächtigter kam Kollege Schür in Vorschlag. Für Hörsenfeld wurde der Kollege Otto Dürr mit dem Austragen des „Proletarier“ beauftragt. Im Oktober soll eine öffentliche Versammlung stattfinden, in welcher eine Agitation für den Verband entworfen werden soll. Die Versammlung beschloß ferner, am 6. Dezember im Lokale des Herrn Reffelt ein Vergnügen abzuhalten.

Einbeck. In einer öffentlichen Versammlung sprach am Sonntag, den 1. November, Kollege Brey. Redner gab an verschiedenen Beispielen ein Bild von der sozialen Stellung und wirtschaftlichen Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen und zeigte, wie alle Verhältnisse die Bereinerung der Arbeiter zu einer gebieterischen Notwendigkeit machen. Für die Arbeiter könne nicht mehr die Frage maßgebend sein: sollen wir uns einer Organisation anschließen? Vielmehr sage die Erfahrung: Es muß sein, sollen die Arbeiter nicht an Geist und Körper Schaden leiden. Hoffentlich werden die Kollegen in Einbeck nun ihr kleingläubiges Zweifeln abschütteln und für unsere gerechte Sache in dem Wande der Organisation eintreten und thätig sein.

Palsterstadt. Am 11. Oktober tagte unsere Versammlung zum ersten Male in dem neuen Lokale. Trotz der interessanten Tagesordnung war der Besuch nicht befriedigend. Dr. Cohen referierte über das Gewerkschaftswesen, und gab in seinen Ausführungen ein klares Bild über die Entwicklung der englischen Gewerkschaftsbewegung, als auch über die Wirkung und Bedeutung der Verkürzung der Arbeitszeit. Der Referent erklärte die Einführung der Arbeitslosenversicherung und die Errichtung von Bureaus zum Schutze der Arbeiter gegen die Schikanen der Berufsgenossenschaften und deren Vertrauensärzte als erstrebenswerthes Ziel. Die Ausführungen wurden von der Versammlung mit Beifall entgegengenommen.

Harburg. Eine öffentliche Versammlung der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen fand am Freitag, den 16. Oktober, im Samprächlichen Lokale statt. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: „Das Unterstützungswesen“, erhielt Genosse Saalfeldt aus Hamburg das Wort: Das Jahr 1896 eilt seinem Ende entgegen, es ist deshalb angebracht, die großartigen Lohnbewegungen desselben uns vor Augen zu führen. Wo die Industrie im Aufblühen begriffen ist, da fallen sich auch die Reihen der Arbeiterorganisationen. Diese sucht der Unternehmer bei jeder Gelegenheit zu zerstören. Infolgedessen haben sich die Unternehmer gute Organisationen geschaffen. Die Arbeiter dagegen haben dies noch lange nicht begriffen, sonst würden sie noch ganz andere Organisationen geschaffen haben. Werfen wir deshalb einen Blick auf die englische Arbeiterbewegung. Als für sie die Bewegungsfreiheit geschaffen war, suchten sie ihre Organisationen auszubauen, gründeten Fonds und befestigten ihre Reihen. Auf Grund dessen waren sie auch im Stande, großartige Kämpfe zu führen. Sie gingen größtenteils immer siegreich aus dem Kampfe hervor. Ein Teil der deutschen Arbeiter strebt auch mit allen Kräften darnach, die Organisationen so zu gestalten, aber dieselben sind noch lange nicht das, was sie sein sollten. Zur Genüge ist es uns bekannt, daß, wenn eine Lohnbewegung in Aussicht ist, so nehmen die betreffenden Gewerkschaftsvereinigungen an Stärke zu. Aber in Laufe der Zeit fallen die Mitglieder wieder ab. Das ist gerade das Bedenkliche; eine gute disziplinierte Masse muß vorhanden sein. Werfen wir einen Blick auf die diesjährige Konfektionsarbeiter-Bewegung. Sie hätte wohl von Erfolg gekrönt sein können, wenn eine geschulte, eine disziplinierte Masse vorhanden gewesen wäre. Die Konfektionäre bewilligten zunächst die Forderungen der Ausständigen, nachher aber sind sie wieder wortbrüchig geworden. Gätten die Arbeiter dieser Branche eine gute Organisation und eine gefüllte Kasse gehabt, die Unternehmer würden sich doppelt bedenken haben, ehe sie ihr Wort brachen. Redner ging dann zum Ausbau der Gewerkschaften über und streifte die Quardischen Vor-

schläge. Die Gewerkschaftsbewegung hat den wirtschaftlichen Kampf zu führen, würde sie sich mit der Politik befassen, sie würde mehr Schaden als Vortheil davon haben. Die Gewerkschaften müssen ihren Mitgliedern mehr Vortheile bieten; das Unterstützungswesen muß besser ausgebaut werden. Ein gutes Beispiel giebt uns die Buchdrucker-Organisation, welche den arbeitslosen Mitgliedern eine Unterstützung gewährt. Wenn nun von solchen Gewerkschaften, die keine Arbeitslosenunterstützung zahlen, behauptet wird: wenn sie die oben genannte Unterstützung einführen, müßten die Beiträge ganz enorm erhöht werden und dies würde einen Rückgang der Gewerkschaften zur Folge haben, so ist doch das Gegenteil der Fall. Solche Gewerkschaften, welche keine Unterstützung zahlen, sind in ihrem Verzuge zu 50 pCt. und darüber, solche dagegen, welche keine zahlen, sind nur von 5 bis zu 12 pCt. organisiert. Viele Organisationen gewähren ihren Mitgliedern auch Reiseunterstützung, um sie vor der äußersten Noth zu schützen und nicht zum Verbrecher werden zu lassen. Mit der Gewährung von Umzugskosten ist es dasselbe. Für Krankheits- und Sterbefälle müßten die Gewerkschaften Unterstützungen einführen. Jede Organisation muß den Arbeitsnachweis in ihre Hände bringen. Das Unterstützungswesen würde das beste Mittel sein, die Organisation zu stärken; die Interessenlosigkeit würde verschwinden, und alle Arbeiter der Organisation angehören. — Da dieser Vortrag eine längere Diskussion zur Folge gehabt hätte, wurde beschlossen, dieselbe in einer späteren Versammlung zu erledigen. Dazu soll der Referent eingeladen werden. Zum 2. Punkt: Die Aufbringung der Mittel für das Gewerkschaftskartell, führte Genosse Böger an, daß es durch den Versammlungsbericht des Gewerkschaftskartells zur Genüge bekannt sei, daß ein großes Defizit gedeckt werden müsse. Deshalb ist von anderen Gewerkschaften schon beschloß worden, 5 Pf. pro Mitglied und Quartal an das Kartell zu zahlen. Würden wir Fabrikarbeiter dasselbe beschließen, so müßten wir jährlich 4—500 Mk. an das Kartell abliefern. Böger's Meinung ging nun dahin, einen gewissen Prozentsatz, ungefähr 70 Mk. vierteljährlich zu zahlen. Es entspann sich hierin eine längere Debatte, in der hervorgehoben wurde, daß eine Versammlung von ca. 200 Personen nicht geeignet sei, bindende Beschlüsse für sämtliche Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen zu fassen. Es müsse dies einer größeren Versammlung vorbehalten bleiben. Der Punkt: Deckung der Löhne für das Kartell, wurde daher vorläufig vertagt. — Zum 3. Punkt erstattete Genosse Böger Bericht von der Hamburger Konferenz. — Zum 4. Punkt, Verschiedenes, verlas der Vertrauensmann, Kollege Martens, die Abrechnung. Die Einnahme betrug 2206 Mk. 40 Pf. Die Ausgabe: für Reiseunterstützung 20 Mk. 28 Pf., für Rechtschutz und sonstige Ausgaben 694 Mk. 40 Pf., an die Verbandskasse 1491 Mk. 72 Pf. Als Einzelmitglieder des Verbandes sind in Harburg männliche Personen 1969, weibliche 437, insgesammt 2406. Hierauf Schluß der Versammlung.

Sücht a. M. Am 11. Oktober fand im Lokale des Herrn Ziegler eine öffentliche Mitglieder-Versammlung statt. Die Abrechnung ergab an Einnahmen: 18 Mk. 30 Pf., vom vorigen Quartal zurückbehalten, für Aufnahmen und Beiträge 41 Mk. 70 Pf., Summa 60 Mk. An Lokal-Ausgaben: 23 Mk., an die Verbandskasse gelangt 28 Mk. 30 Pf., zurückbehalten 8 Mk. 70 Pf. Zum 2. Punkt erstattete Kollege Streb Bericht vom Verbandstage in Harburg. Redner erläuterte in eingehender Weise die Verhandlungen und die gefassten Beschlüsse. Die Diskussion schloß mit Annahme folgender Resolution: „Die heute im Lokale des Herrn Ziegler tagende öffentliche Mitglieder-Versammlung des Verbandes der Fabrik-, Vands-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (Zahlstelle Sücht), erteilt sich mit den Ausführungen des Referenten, sowie mit den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden und verspricht, den Verband mit allen Kräften zu unterstützen, um denselben zu dem zu machen, was er sein sollte: Eine Kampfesorganisation, den Arbeitern zum Schutze, den Ausbeutern zum Tode.“

Röln. In der am 18. Oktober stattgehabten Mitglieder-Versammlung erstattete Kollege Otten einen eingehenden Bericht über die Thätigkeit innerhalb der Zahlstelle während deren einjährigem Bestehen. Die Zahlstelle wurde am 17. Novbr. 1895 mit einem Mitgliederbestand von 17 Personen gegründet, welche Anzahl sich bis zum 1. Januar auf 25 Personen steigerte. Das 1. Quartal war trotz der Wintermonate und der Arbeitslosigkeit der Entwicklung unserer Zahlstelle günstig. Die Aufnahmen betragen 31. Dieses ließ uns noch größere Erfolge während der Sommermonate erhoffen, leider täuschten wir uns hierin. Als die Arbeitsgelegenheit günstiger wurde, fing auch die Laune, selbst bei den Mitgliedern, an, sodas man der Annahme Raum geben konnte, alle schlechten Verhältnisse gehörten der Vergangenheit an und in Röln sei die goldene, herrliche Zeit angebrochen. Zum 2. Quartal liegen sich 22, im 3. Quartal nur 16 Mitglieder aufnehmen. Versammlungen fanden während des Jahres 25 statt: 3 öffentliche, eine Wanderversammlung in Mülheim, in der die Zahlstelle Mülheim gegründet wurde, 21 Mitgliederversammlungen, wovon drei außerordentliche waren. Vorträge wurden 11, gewerkschaftlichen Inhaltes, gehalten, 3 fielen wegen schlechten Versammlungsbesuches und einer wegen Fernbleiben des Referenten aus. 4 Versammlungen nahmen Berichte entgegen. 6 Versammlungen beschäftigten sich mit Verbands- und Lokalangelegenheiten. Der Versammlungsbesuch war durchweg als mangelhaft zu bezeichnen. Ausgeschlossen wurden: 1 Mitglied wegen Schädigung der Verbandsinteressen und 20 wegen rückständiger Beiträge. Redner streifte lokale Angelegenheiten, die gepflogene Agitation und das zuletzt stattgehabte Fest; bei letzterem gab das Verhalten des Kollegen Richard Gestaffirer, Anlaß zu herbem Tadel, da derselbe bis zur Stunde noch keine Abrechnung aufgestellt habe. Ueberhaupt habe das ganze Fest lähmend und nicht fördernd für unsere Bewegung gewirkt und er wisse auch heute auszusprechen, daß der Arbeiterbewegung nicht mit humoristischem Zingel-Zangel gebient sei. Zum Schluß gab Redner der Hoffnung Ausdruck, daß die Mitglieder sich ihrer Lage als Proletarier bewusst werden und für die gute Sache besser eintreten möchten als bisher, damit die Zahlstelle Röln als ihrer Aufgabe gemachsen angesehen werden könne. — Der zweite Bevollmächtigte verlas die Abrechnung vom 3. Quartal. Nach dem Berichte des Bibliothekars waren am 12. Januar 54 Bände der Zahlstelle als Geschenk überwiesen, 103 Mal wurden von den Mitgliedern der Bibliothek Bücher entnommen. Der Bibliothekar erjudete, die Bibliothek mehr zu benutzen, die Bücher aber mehr zu schonen. Des Weiteren brachte die Versammlung die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag. Ein Antrag: den Mitgliedern den „Proletarier“ nicht mehr in das Haus zu bringen, damit sie dadurch in ihrer Faulheit nicht gestärkt würden, gelangte zur Annahme.

Lägerdorf. Die in der Versammlung am Dienstag, den 20. Oktober, verlesene Abrechnung vom 3. Quartal ergab als Einnahme 560,99 Mk. und als Ausgabe inkl. des von Weiers nicht abgelieferten Betrages (62,35 Mk.) in Summa 519,98 Mk., 3 verbleibt als Ueberfluß 41,01 Mk. Laut Beschluß haben die Hilfskassirer zukünftig alle 14 Tage mit dem Kassirer abzurechnen und jedes Quartal alles Material zur Abrechnung einzuliefern. In der äußerst lebhaften Debatte wurde besonders getabelt, daß Kassirer Schr. dem Weiers sozial Markten hingelegt, was dieser gemißbraucht hat. Die Abrechnung vom 3. Quartal wird, nachdem das Material der Hilfskassirer damit verglichen, für richtig erklärt. Die Zahlstelle zählt 350 Mitglieder. Hiernach erstattet Hinsche einen beifällig aufgenommenen Bericht über die Verbandskonferenz in Hamburg. Im Fragekasten befanden sich 30 Pf. vom Kollegen Kleine. Ein Antrag, dem Weiers der Staatsanwaltschaft zu übergeben, wird angenommen, seine Ausstände von ca. 12 Mk. sollen vom Verbände eingezogen werden. — Eger: den Genossen Hinsche war Straf-

antrag gestellt, weil er in einer Versammlung bei der Bericht-
erstattung über unseren Prozeß den Amtsvorsteher Söjke
dadurch beleidigt haben sollte, daß er erklärte, die eid-
liche Aussage Söjkes, daß die früheren Bevollmächtigten
nicht die Mitgliederliste eingereicht hätten, sei unrichtig, habe
aber nach seiner Meinung wesentlich zur Verurteilung des
Bevollmächtigten beigetragen. Auf Söjkes Strafantrag fand
ein Termin vor dem Untersuchungsrichter statt, und erhielt S.
am 15. Oktober folgendes Schreiben: „Altona, den 10. Ok-
tober 1896. Hierdurch benachrichtige ich Sie, daß ich das gegen
Sie wegen Beleidigung eingeleitete Verfahren eingestellt habe.
Der Erste Staatsanwalt.“ Name unleserlich.

Linden bei Hannover. Montag, den 26. Oktober, fand
hier im Lokale „Zum Posthorn“ eine öffentliche Versammlung
der ungelerten Arbeiter statt, in welcher Kollege Brey über die
Lage der Arbeiter und die Nothwendigkeit der Organisation
sprach. Unter Punkt 2 der Tagesordnung wurde eine Zahlstelle
des Verbandes für den hiesigen Ort gegründet. Auf das Ge-
heiß derjenigen, die man mit Recht hoffen kann, werden in
Zukunft von ungelerten Arbeitern, welche unter dem Einflusse
ungünstiger Löhne und Arbeitsbedingungen stehen. Der weite
Weg zu den Versammlungen nach Hannover war dem Beir-
tritt zur Organisation bislang hinderlich, dieses Hinderniß ist
nun hinweg geräumt, der Entwidlung einer starken Mitglieds-
schaft der Weg gebahnt.

München. Eine öffentliche Versammlung fand am
26. September statt. Kollege Geißbüchler referierte in eingehender
Weise über die hier in verschiedenen Unternehmungen vor-
herrschenden Missethate, die schlechte Ventilation auf der
Gummifabrik von Mehlert u. Komp., die Maßregelung unserer
Kollegen in der Pilsener-Brauerei von Seiten des Oberbischöfers
Huber und die Zustände auf der Papierfabrik von Gendle.
Es wurde eine Beschwerdekommision, bestehend aus 5 Personen,
gewählt.

Am Sonnabend, den 10. Oktober, fand im Lokale der
Zentral-Verberge unsere Mitglieder-Versammlung statt. Trotz
des schwachen Besuches hielt Kollege Jandt einen längeren
Vortrag über: „Das Recht auf Arbeit“. Redner schilderte, wie
die heutigen Kapitalisten die wirtschaftliche Macht, und damit
auch die politische Gewalt an sich gerissen haben, den Arbeitern
nur Unfreiheit der Existenz und geringe Entlohnung über-
lassend. Seit der Entwidlung der modernen Erwerbsformen
seien Entbehrungen aller Art immer häufiger bei dem wer-
thätigen Volke beglittert. Das Letztere habe sein Streben auf
Besserung seiner Lage gerichtet und in verständlichen
Forderungen zum Ausdruck gebracht. Unter anderen habe
auch die Forderung: „Recht auf Arbeit“, Garantie, Sicherung
lohnender Arbeitsgelegenheit, eine Rolle gespielt. Der moderne
Staat könne diese Forderung nicht verwirklichen. Im Jahre
1789 habe in Frankreich der Konvent das Recht auf Arbeit
proklamiert, um es nach zwei Jahren wieder zu kasiren. In
England seien zum „Schutze der Arbeiter“ Arbeitshäuser
errichtet worden, und die Arbeiter hätten den Hungertod dem
Anstalt in diesen Häusern vorgezogen. So lange die
Arbeiter durch organisatorischen Zusammenhalt nicht größeren
Einfluß auf das ganze gesellschaftliche Wirken und Streben zu
erlangen suchten, würde das Prinzip, Sicherung einer menschen-
würdigen Existenz, seiner Lösung nicht entgegengeführt werden.
Durch Verkürzung der Arbeitszeit komme man aber der endlichen
Lösung näher. — Auf die Folgen der Verkürzung der Arbeitszeit
ging in der Debatte der Kollege Siebert ein. Derselbe äußerte
sich auch über das Verhältnis, welches an der Münchener
Lohnbahn zwischen Bediensteten und Vorgesetzten herrscht.
Dieselben fühlten sich als Beamte, obwohl sie in unleidlicheren
Verhältnissen ständen, wie die Tagelöhner. Die Versammlungs-
abende wurden vom zweiten Sonnabend im Monat auf den
ersten verlegt.

München. Eine Mitglieder-Versammlung fand am
6. Oktober in der „Zentralhalle“ statt. Nachdem die Abrechnung
verlesen, erstattete der Delegierte den Bericht von der Konferenz
der norddeutschen Zahlstellen. Sodann wurde die Frage der
Vergütungen in der Weise geregelt, daß jährlich vier Ver-
gütungen, zweier denen eine Wassertrabe sein muß, stattfinden
sollen. Ein halbjährlich neu zu wählendes Festkomitee hat die-
selben zu arrangiren. Ein Kollege forderte zur Unterstützung
des Flensburger Streiks auf, auch wurde erwähnt, daß der
Arbeiter Adolph als Streikbrecher nach dort gegangen sei.
Zum Schluß wurde die von einem Kollegen erwähnte Aeußerung
des Verbandsvorsitzenden, der Streit der Kaffeeverleserinnen sei

vom Jaun gebrochen, scharf kritisiert, da solche Aeußerungen nur
Wasser auf die Mühle der Unternehmer seien. (Die Herren
Kritiker hätten die Schärfe ihrer Kritik wahren sollen
bis zu einer passenderen Gelegenheit. Wir ist es gar nicht ein-
gefallen, auch nur einen entfernt ähnlichen Ausdruck zu thun,
denn was ich sagte, war immer so ziemlich das Gegenheil des
in obiger Versammlung mit Unterlassen. Allerdings, wenn
das mir fälschlich unterstellte Urtheil sachlich begründet gewesen
wäre, würde ich es auch ausgesprochen haben, unbedünmert
daraus, ob es „den Kapitalisten Wasser auf die Mühle getrieben“
oder nicht. Denn nach meiner innersten Ueberzeugung kann man den
Arbeitern und ihren Organisationen keinen schlimmeren
Dienst erweisen, als den, die bei einem Kampfe oder
vor Injektion des Kampfes begangenen Fehler zu be-
schönigen oder zu rechtfertigen. A. B.)

Oldendorf. Auf Anregung einiger Verbandskollegen aus
Hameln fand am 11. Oktober hier eine öffentliche Versammlung
statt, in welcher Kollege Büchel aus Bielefeld referierte. Das
Thema lautete: „Die Lage der Arbeiter und warum organisiren
wir uns“. Der Referent besprach in eingehender Weise die
Lage der Arbeiter im Allgemeinen, diejenige der Fabrik-
und Landarbeiter im Besonderen, und hob die Nothwendigkeit und
die Bedeutung der Organisation hervor. Einige ortsanfässige
Arbeiter legten die Verhältnisse in Gess.-Oldendorf dar. Nach
denselben stehen die Löhne auf 1,20 bis 1,70 Mk. pro Tag.
Ein Antrag, in Oldendorf eine Zahlstelle des Verbandes
zu gründen, fand Annahme. Zur Aufnahme meldeten sich
11 Personen.

Stellingen-Langensfeld. Unsere Mitglieder-Versammlung
tagte am 18. Oktober im Lokale des Herrn Th. Kampe. Der
2. Bevollmächtigte verlas die Abrechnung, deren Richtigkeit von
den Revisoren bestätigt wurde. Den Bericht vom Gewerkschafts-
kartell erstattete Kollege Göttsche. Hier knüpfte sich eine Debatte
über den Streit der Gönnsbrucher Dachpappenfabrik; der
Kollege Boff führte an, daß die Ausführungen der Frau Leh-
mann einen scharfen Vorwurf gegen den Vorstand des Ver-
bandes enthielten. Ein Antrag, welcher von der Zahlstelle
Altona-Ottensen einen genaueren Bericht über den Verlauf des
Angelegenheit einfordert, wurde angenommen. Das Regulative
des Gewerkschafts-Kartells wurde ohne große Debatte ange-
nommen. Nachdem die Bevollmächtigten und Revisoren vorge-
schlagen waren, beschloß die Versammlung, 10 Mark an die
Agitations-Kommision zu überweisen und die Abhaltung eines
Stiftungs-festes am Sylvester-Abend vorzubereiten.

Wolgast. Auch hier in unserem entlegenen Städtchen ist
es uns gelungen, eine Zahlstelle des Verbandes zu gründen.
Nachdem die gründende Versammlung am 26. September statt-
gefunden, in welcher uns Kollege Wagner über Zweck und Ziele
des Verbandes ein Referat erstattet hatte, tagte am 10. Oktober
die erste Mitglieder-Versammlung. Nachdem zu den vorhandenen
26 Kämpfern sich wiederum 22 neue angeschlossen hatten, wurden
die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag gebracht. Am
24. Oktober tagte die zweite Versammlung. Nach Erledigung
des geschäftlichen Theiles hielt Kollege Wagner einen Vortrag
über die Bedeutung der Lübecker Aussperrung und des Lauter-
berger Streikes.

Gerichts-Chronik.

Wegen Beleidigung der Firma Studen und Andresen und
von Polizeibeamten hatte sich am 7. Oktober Genosse Hüfmeier
vor dem Schöffengerichte zu Altona zu verantworten. Das
ihm zur Last gelegte Vergehen soll darin bestehen, daß er in
einer großen öffentlichen Versammlung, welche am 9. April
d. J. im „Salon Carlruhe“ in Ottensen stattfand, behauptet
haben soll, die Inhaber der Firma Studen u. Andresen hätten
ihren Arbeiterinnen die von denselben zum Nachwiegen ange-
schafften Gewichte gestohlen, und Polizeibeamte hätten anlässlich
des Kaffeeverleserinnen-Streiks schwangere Frauen zu Boden
geworfen. Der Angeklagte bestritt die ihm zur Last
gelegten Aeußerungen, so wie angegeben, gethan zu
haben. Auf die Frage des Amtsrichters Lüders,
was er in der Versammlung verloren gehabt habe, erklärte er,
daß er als Mitglied der Lohn-Kommision beim Kaffeever-
leserinnenstreik in der Versammlung erschienen sei, um für die
Unterstützung der Streikenden Propaganda zu machen. Er habe
nicht gesagt, daß Herr Studen die Gewichte gestohlen habe,
sondern er habe, nachdem er die den Streit veranlassenden
Missethate bei Studen und Andresen geschildert und dargethan

habe, daß die Arbeiterinnen sich zum Zwecke der Kontrolle ihres
Verdienstes die Gewichte angeschafft hätten, gesagt, die Herren
wollten von solcher Kontrolle nichts wissen und hätten die Ge-
wichte weggenommen. Das Wort „gestohlen“ habe er nicht
gebraucht, was er gesagt habe, sei richtig. Auch nach dem
Streik seien Arbeiterinnen die Gewichte weggenommen. Be-
züglich des zweiten Falles liege die Sache so:
Er habe die Streikenden gewarnt, sich in der
Eibstraße sehen zu lassen, um nicht mit der Polizei in Konflikt
zu kommen. Letztere ginge sehr schroff vor und habe eine
schwangere Frau niedergeworfen; nicht um die Polizei zu be-
leidigen, habe er das gesagt, sondern um das Publikum zu
warnen. Das Gericht erkannte im ersten Falle auf Einstellung
des Verfahrens. Wegen Beleidigung von Polizeibeamten
wurde der Angeklagte zu 20 Mark Geldstrafe, event. 4 Tagen
Haft und einmaliger Bekanntgabe des Urtheils in den „Altonaer
Nachrichten“ verurtheilt.

Zur Aufklärung.

Hierdurch bringe ich den Mitgliedern der nord-
deutschen Zahlstellen zur Kenntniß, daß der Kollege
Möller die 15 Mark, über welche ich auf der Konferenz
am 4. Oktober keinen neuen Aufschluß geben konnte,
nicht in Baar erhalten, sondern nur die Rechnungen.
Die 15 Mark hat Kollege Horn, Rendsburg, ausgelegt
für Inserate in der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung,
dem Rendsburger Wochenblatt und für Plakate.
G. Ahrens, Hamburg.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Barmbeck. C. Vogt, Volksdorferstraße 31, 3. Etage.
Büffelort. Adolf Appold, Wilfer Allee 79.
Hamburg. R. Fikler, Altona, Wilhelminenstraße 14.
Hannover. Friedrich Winderwald, Rebenstraße 27 (Neustadt).
Linden b. Hannover. Ernst Dehls, Nieslagstraße 13.
Rendsburg. C. Horn, Meinstrasse 84a.
Rostenburgort. D. Fintzenwerder, Lindigstraße 88, 1. Etage.
Wehringhufen i. W. Ernst Kalscheuer, Buschestraße 22.

Inserate.

Flensburg.

Sonntag, den 15. November, Abends 7 Uhr:
Öffentliche Versammlung
der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen
im Lokale des Herrn P. Neumann in Engelsby.
Tagesordnung: „Die wirtschaftliche Lage der gewerblichen
und ländlichen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, sowie Mittel
und Wege zu deren Besserung.“ Referent: Kollege S. Petersen.
Zu dieser Versammlung werden alle Kollegen und
Kolleginnen von Windoch, Engelsby, Wasserloß, Kausland,
Blasberg, Solotuten, Feuerlund u. Feuerlundholz eingeladen.
Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Orte, erscheint alle in dieser
Versammlung! [2,25 Mk.]

Unserem Freunde
Andr. Wichmann und Frau
die herzlichste Gratulation zur silbernen Hochzeit.
Flensburg. Fr. Wellingerhoff u. Frau.
Unserem 2. Bevollmächtigten [0,85 Mk.]

J. A. Wichmann und Frau
ein donnerndes Lebehoch zur silbernen Hochzeit.
Flensburg. Die Bevollmächtigten und Revisoren
der Zahlstelle Flensburg.

Flensburg.

Stabliement „Mühlenspavillon“.
Empfehle den Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen meine
Solakitäten als Verkehrlokal, sowie zum Abhalten von Ver-
sammlungen und Festlichkeiten aufs Beste.
[1,20 Mk.] Hochachtungsvoll W. Bobzien.

Beraminungs-Anzeiger.

Bei Orten, wo eine andere Adresse bezügl. des
Reisegehes nicht angegeben ist, gelangt das-
selbe beim 1. Bevollmächtigten zur Auszahlung.
In jeder Versammlung werden Mitglieder auf-
genommen und Beiträge erhoben.
M. = Mittags. N. = Nachmittags. Ab. = Abends.
i. M. = im Monat.

Altona-Ottensen. Nächste am Sonntag,
den 15. November, Ab. 4 Uhr, bei P. Meyer, Altona,
Ecke der Hospitals- und Wilhelmstraße. Reise-
gehesent daselbst.

Altenburg. Alle 14 Tage im Lokale „Zum
deutschen Kaiser“, Dillgasse. Reisegehesent Ab.
12-1 Uhr, Ab. 7-8 Uhr.

Barmbeck. Jeden ersten Mittwoch i. M., Ab.
6 1/2 Uhr, bei J. Klump, Ecke Diebichs- und Zelenig-
straße. Verkehr bei W. Mierken, Stüdenstraße 50.

Bergedorf. Nächste am Dienstag, 10. Nov.,
Ab. 8 Uhr, im Vereinslokale „St. Petersburg“.
Reisegehesent Ab. 7-8 Uhr bei J. Brüggemann,
Haupten Gachen 17. Verberge und Verkehrlokal
bei J. Weg, Zöppertwiete 8.

Berlin. Jeden zweiten Donnerstag bei Herrn
Keranus, Kaiserwallstr. 3. Reisegehesent von
5-6 Uhr N.

Berzburg. Alle 14 Tage, Sonnabends,
Ab. 8 Uhr, im „Hühnerhof“, Schulstraße.
Reisegehesent 12-1 Uhr, Ab. 6-8 Uhr bei
R. Simon, GutsMuthsstraße 6, 2. Et.

Bielefeld. Alle 14 Tage, Sonntags,
Ab. 2 Uhr, im Bielefelder Lokale.

Darmstadt i. Schl. Den ersten Sonnabend
i. M., Ab. 8 Uhr.

Delfshaven. Alle 14 Tage, Montags, Ab.
6 1/2 Uhr, im „Rathhalla“, Kirchgasse 9. Reise-
gehesent Ab. 12-1 Uhr, Ab. 7-8 Uhr.

Dortm. Jeden ersten Sonnabend i. M. Ab.
8 Uhr bei Th. Eizners, Löhnhalle, Ederstraße.

Drauzschweig. Jeden Dienstag nach dem
1. und jeden Sonntag nach dem 15. i. M., Ab.
8 1/2 Uhr, Altonaer-Hausstr. 11. Reisegehesent daselbst.

Düffelort. Reisegehesent Ab. 6-8 Uhr.
Cañel. Jeden zweiten Sonnabend i. M.,
Ab. 8 1/2 Uhr, und jeden letzten Sonntag i. M.,
Ab. 1 1/2 Uhr, bei Anton Schmidt, Schulstraße 33.
Ecke. Jeden Sonntag nach dem 1. und 15.
i. M., Ab. 8 Uhr, Meinstrasse 2. Daselbst Verberge
und Verkehrlokal Ab. 7-8 Uhr.

Danzig. Jeden Sonnabend, Ab. 6-10 Uhr,
im Arbeiter-Vereinslokale, Mühlenspavillon 9.
Reisegehesent bei F. Gering, Rumbachstr. 37.

Delmenhorst. Alle 14 Tage, Sonntags,
Ab. 3 Uhr, im Meiner's Hotel. Daselbst das
Reisegehesent durch Herrn Bielefeld.

Dessau. In Gundlach's Salon, Quellen-
dorferstraße, Ab. 6 1/2-7 1/2 Uhr. Verberge zur
„Stadt Braunschweig“, Leipzigerstraße 24b.
Reisegehesent bei W. Trendhorst, Kochstedter-
straße 41.

Eibek. Am letzten Mittwoch i. M. bei Reffel,
Wandsbeker Chaussee 162.

Elmhörn. Reisegehesent Ab. 1-1 Uhr und
Ab. 7-8 Uhr bei Großmann, auf dem Glan-
wege 39. Daselbst Verberge und Verberge und
jeden ersten Sonntag i. M. Versammlung.

Flensburg. Jeden ersten Dienstag i. M. im
„Mühlenspavillon“ und am ersten Donnerstag nach
dem 15. eines jed. Mon. im „Holsteinischen Hause“.

Frankfurt a. M. Reisegehesent Ab. 8-10
im Restaurant Stedenreiter, am Börseplatz 9.

Glückstadt. Jeden letzten Sonnabend i. M.
im Lokale des Herrn Chr. Wint, am Markt.

Hagen i. W. Alle 14 Tage, Sonntags,
Ab. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Kappe, am Markt.
Verberge bei Gastwirth Zandam, Wehringhufen-
straße 1. Reisegehesent Ab. 7 Uhr.

Hainstadt. Jeden dritten Sonntag i. M.,
Ab. 12-2 Uhr. Reisegehesent Ab. 7-8 Uhr.

Halberstadt. Jeden zweiten Dienstag i. M.,
Ab. 8 1/2 Uhr, bei Bollmann, Münchener Bierhalle.
Reisegehesent daselbst 9-11 Uhr Vorm., 2-8 Uhr N.

Hameln. Jeden zweiten und dritten Sonn-
tag i. M. bei Herrn Kardinal, Baustraße 3.
Daselbst Verkehrlokal.

Hamburg. Allgemeine Mitglieder-Versamm-
lung der Zahlstellen Hamburg, Barmbeck, Eims-
büttel, Spenndorf, Eibek, Hamm und Rosthen-
burgort, am Sonntag, den 15. Nov., Ab. 1 1/2 Uhr.
(Näheres siehe „Hamburger Echo“.) Reisegehesent
im der Verberge und Verkehrlokal bei A. Jid,
Kosenstraße 37.

Hamm b. Hamburg. Jeden zweiten Dienst-
tag i. M., Ab. 8 1/2 Uhr, bei Sieberling, „St.
Petersburg“.

Hannover. Jeden 2. und 4. Sonnabend, Ab.
9 Uhr, im Lokale zum „Ründerger Hof“. Daselbst
jeden Sonnabend von 9 Uhr ab Erhebung der
Beiträge. Reisegehesent Ab. 12 1/2-1 1/2 Uhr bei
D. Gutth, große Dehngasse 11. Verberge im
Gasthaus zur „Stadt Frankfurt“.

Hape i. W. Reisegehesent bei Herrn
Beruhard Jochims, Ködingerstraße 3. Versamm-
lung bei Daniel Frohn, Ködingerstr. 1.

Helmstedt. Jeden ersten Sonntag i. M.,
Ab. 4 Uhr, im „Lindenhof“ (am dem Goldberg).

Hildesheim. Nächste am 8. November,
Ab. 3 1/2 Uhr, im Verbandslokale bei Gastwirth
August Bahl, Annenstraße. Das Reisegehesent
wird daselbst Ab. von 6-8 Uhr ausgezahlt.

Höchst. Reisegehesent Ab. 7-8 Uhr.

Homburg v. d. S. Nächste am Montag,
den 16. November, Ab. 8 1/2 Uhr, im Lokale
„Stadt Cañel“. Reisegehesent von 7-8 Uhr Ab.
Tschoe. Jeden letzten Sonnabend im
Monat. Reisegehesent Ab. 12-1 Uhr, Ab. 7-8 Uhr.

Kaßel. Alle 14 Tage, Mittwochs, Ab. 1 1/2-2 Uhr.
Reisegehesent bei Frau Fohr, Fernstraße.

Kicefeld. Jeden ersten Sonntag und jeden
Sonnabend nach dem 15. i. M. bei v. Storren.

Köln. Regelmäßig alle 14 Tage, Sonntag
Vorm. 11 Uhr, bei Wirth Mebus, Kämmergasse 18.
Reisegehesent in der Woche, Ab. 12-1 Uhr, bei
Johann Alleröder, Moselstraße 118, Sonntags,
Ab. 12-1 Uhr, bei Mebus, Kämmergasse 18.

Kolberg. Jeden letzten Sonntag i. M.

Kosheim. Jeden ersten und dritten Sonntag
i. M., Ab. 3 Uhr, im Vereinslokale. Reisegehesent
bei Kollege Ph. Schröpfer, Wilhelmstraße, Ab.
7-8 Uhr.

Lagerdorf. Nächste Dienstag, den 10. Nov.,
Ab. 8 Uhr, bei Herrn Schleiff.

Langensfeld- Stellingen. Verberge bei
P. Meyer, Altona, Ecke Wilhelm- u. Hospitalstraße.

Lüneburg. Alle 14 Tage, Sonnt., Ab. 4 Uhr,
nach Erscheinen des „Proletarier“ im Vereins-
lokale bei Otto Kiedlinger, Rumbertplatz.

Mainz. Nächste bei Zimmermann, „Zum
Rechtshögen“, Kirchgasse.

Mühlheim a. M. Verkehrlokal bei A. Rau,
„Zum Heiligen Hof“. Daselbst Versammlung
jeden zweiten Sonntag i. M. Reisegehesent bei
W. Medel, Deitshheimer Landstr. 6, Ab. 6-8 Uhr.

Mühlheim a. Rh. Alle 14 Tage, Sonnt.,
Vorm. 11 Uhr, bei Herrn G. Goegen, Dammstr. 7.
Reisegehesent von 11-1 Uhr M., 7-8 Uhr Ab.
beim 1. Bevollmächtigten.

München. Reisegehesent bei Kollege Scham-
berger, Carlstraße 124, 2. Et. r., Ab. 4-6 Uhr.
Verkehrlokal für reisende Kollegen in der
„Zentralverberge“, Rumpffstr. 5. Das städtische
Arbeitsamt befindet sich auf der Kohleninsel.

Naumburg. Alle 14 Tage im Lokale „Zum
Schwarzen Adler“. Reisegehesent bei Kollege
Kaabe, Marienauer 22.

Neuenhäuser. Verkehrlokal u. Verberge bei
Kellermann, Blomestr. Reisegehesent 7 1/2-8 1/2 Uhr.

Nienburg a. W. Jeden Sonnab., Ab. 8 Uhr,
im Lokale des Herrn Dentel daselbst Reisegehesent.

Offenbach. Reisegehesent beim Kollegen
W. Jöhl, Mittelstraße 36. Arbeitsnachweis daselbst.

Peine. Verkehrlokal bei Chr. Hartenstein,
Kosenhagen. Reisegehesent Ab. 7-8 Uhr.

Pinneberg. Jeden ersten Dienstag i. M. in
der „Zentralhalle“.

Potsdam. Große öffentliche Versammlung
am 19. November, Ab. 8 1/2 Uhr, im Lokale des
Herrn Glaser, Brandenburger-Com. 16. Referent:
Karl Stad.

Rendsburg. Am Sonnabend, den 14. Nov.,
Ab. 8 1/2 Uhr, öffentliche Hilfsarbeiter-Versamm-
lung. Verkehrlokal und Verberge für die
Verbandsmitglieder ist die Zentral-Verberge,
Grünestr. 2, daselbst wird auch die Reiseunter-
stützung ausgezahlt vom Verbergsvater.

Ricklingen b. Hannover. Sonntags, Ab.
4 Uhr, nach Erscheinen des „Proletarier“ im
Lokale „Zum Fischerhof“.

Rothenburgort. Nächste am 11. Nov.
im „Marienhof“, Grüner Deich.

Schiffbek. Reisegehesent an Wochentagen
Ab. 7 1/2-8 1/2 Uhr bei G. Eggers, Rahlstedterweg 1.

Schöningen. Nächste Versammlung am
14. November, von da ab alle 14 Tage. Reise-
gehesent wird Ab. von 12-1 Uhr und Ab. von
7 1/2-9 Uhr bei Joh. Pietich, Waberstr. 6, ausgezahlt.

Sonderburg. Jeden ersten Sonnabend i. M.
Stade. Jeden ersten Sonntag i. M., Ab. 4 Uhr,
im Lokale des Herrn Holtzhausen in Schölich.

Uetersen. Jeden ersten Mittwoch i. M.
auf der Verberge bei Wader.

Wandsbek. Jeden zweiten Mittwoch i. M.
bei Dänke, Sternstr. 27. Reisegehesent daselbst.

Wedel. Jeden ersten Sonntag i. M., Ab.
4 Uhr, im Vereinslokale. Verberge bei F. Schümer,
Güterstraße. Reisegehesent bei G. Friebe, Mühlens-
straße. Beiträge werden jeden Abend 7 Uhr
bei G. Warms, wohnhaft bei J. Stäben, Schulay,
und jeden Dienstag bei Geitmann, Hafenstraße,
entgegengenommen.

Weddahl i. W. Alle 14 Tage, Sonnabends,
Ab. 8 1/2 Uhr, im Lokale der Wittwe Bölling.

Wilhelmshagen. Jeden zweiten Sonntag
i. M. Reisegehesent bei A. Kiekmann, Köthes Haus.

Winterhude-Spenndorf. Jeden dritten
Sonntag i. M., Ab. 2 Uhr, bei Herrn Schaner,
Bindehof, Winterhude.

Wolgast. Alle 14 Tage, Sonnabends,
Ab. 8 Uhr, im Lokale des Herrn Spraffe,
Schägenstraße. Reisegehesent Ab. 12-1 Uhr, Ab.
7-9 Uhr.

Wolfenbüttel. Jeden zweiten Sonnabend
i. M. im Lokale des Herrn Ahrens, Hauptstr. 9.